Frauenverband Courage Witten

Beitrag für die Kundgebung am 28.11.20 zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Es ist sehr ermutigend, dass sich immer mehr Frauen gegen Gewalt und sexuelle Belästigung wehren. 2018 wurden laut einer Statistik des BKA insgesamt fast 115 000 Frauen in Deutschland Opfer von Gewalt und Nötigung, vorwiegend durch ihre Partner oder Ex-Partner, 122 Frauen wurden getötet. Das bedeutet: an jedem 3. Tag wird eine Frau ermordet. Das sind nur die Fälle, die zur Anzeige gebracht werden. Die Dunkelziffer ist weit höher, weil sich immer noch viele Frauen nicht trauen, die Gewalt öffentlich zu machen und ihre Peiniger anzuklagen. Oft wird den Frauen eingeredet, sie würden durch ihr Verhalten sexuelle Anmache provozieren. Damit will man sie einschüchtern, aber das lassen sich immer weniger Frauen gefallen. In Zeiten von Corona steigt die Gewalt an Frauen noch an.

Ganz klar: Männliche Täter müssen eine harte Strafe bekommen.

Gleichzeitig muss man auch fragen, welchen gesellschaftlichen Hintergrund es hat, wenn Frauen Gewalt angetan wird. Gerade jetzt in Zeiten von Corona werden viele gesellschaftliche Aufgaben auf die Familie zurückverlagert wie Home-Schooling, Altenbetreuung, wenig soziale Kontakte nach außen, kaum mehr Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Dadurch wachsen die Spannungen in den Familien und es kommt zu Streit und Auseinandersetzungen. Während die Bundesregierung 9 Milliarden Euro in die Lufthansa pumpte, damit die Profite nicht leiden, werden für die Gewaltprävention an Frauen sage und schreibe 120 Millionen in vier Jahren eingesetzt. Das sind unglaubliche drei Euro pro Frau.

Bei Gewalt denkt man zunächst an Schläge, Demütigungen, Vergewaltigung, Mädchenhandel oder erzwungene Prostitution. Das gibt es und es steht zurecht am Pranger.

Aber ist es nicht auch Gewalt an Frauen, wenn in vielen Ländern der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt wird und Frauen gezwungen werden, Kinder zur Welt zu bringen, denen sie keine sichere Existenz bieten können? Dagegen gehen Tausende Frauen zur Zeit auf die Straße zum Beispiel in Polen.

Oder wenn Frauen bis ins hohe Alter arbeiten müssen, weil die Rente nicht reicht und sie von Altersarmut bedroht sind? Jetzt ist schon klar, dass mit der Begründung "Corona" die Rentenerhöhung im nächsten Jahr ausfällt. Damit wird die Altersarmut, v.a. von Frauen, weiter steigen.

Ist es nicht auch Gewalt an Frauen, wenn Migrantenfamilien der Familiennachzug verwehrt wird? Das ist die Politik der AfD. Es ist auch Gewalt an Frauen und Mädchen, wenn sie in Länder abgeschoben werden sollen, in denen Frauenrechte mit Füßen getreten werden, wie in Afghanistan. Und auch in Flüchtlingsunterkünften erleben Frauen Gewalt.

Nach einer Hochrechnung des afghanischen Gesundheitsministeriums sind 10 Millionen Menschen in Afghanistan mit Corona infiziert – das ist ein Drittel der Bevölkerung. Trotzdem wollte die Bundesregierung am 16.November wieder eine Sammelabschiebung nach Afghanistan durchziehen. Das wurde dann in letzter Minute aufgrund von Protesten – auch der afghanischen Regierung – kurzfristig gestoppt. Aber die Menschen bleiben in Abschiebehaft und irgendwann wird diese auch erfolgen.

Beitrag zum Tag gegen Gewalt an Frauen – gegen Zwangsprostitution

In keinem Land der Erde ist Prostitution so ungezügelt möglich wie in Deutschland. Es gibt in Deutschland ca. 400 000 Prostituierte, doch nur 10 Prozent davon sind angemeldet und gut organisiert. Viele kommen aus Osteuropa oder Afrika, werden mit Versprechungen hierher gelockt, müssen dann bei den Zuhältern die Pässe abgeben und sind dann völlig rechtlos. Die Journalistin Barbara Schmid hat das Schicksal einer Prostituierten dokumentiert, die in 11 Jahren 25 000 Freier bedienen musste. Das ist kein Einzelfall.

Die Corona-Pandemie treibt die Lüge von der freiwilligen Prostitution auf die Spitze. Sogenannte Lobbyorganisationen für Prostituierte versuchen, dieser Gewalt gegen Frauen ein legales Mäntelchen umzuhängen. Mit dem Begriff "Sexarbeit" soll eine Freiwilligkeit vorgegaukelt werden, die es so nur für eine verschwindende Minderheit gibt. Deutschland wurde mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 zum Bordell Europas. Bis zu 90 % der Prostituierten in Deutschland sind Armutsprostituierte.

Mit der Einschränkung des öffentlichen Lebens wegen Corona wurden auch die offiziellen Bordelle geschlossen. Die Frauen stehen auf der Straße, ohne Wohnung, Versorgung und Absicherung. Bordellbetreiber und ihre festangestellten Mitarbeiter haben in der Corona-Krise Anspruch auf Kurzarbeitergeld oder Unterstützung, die Frauen bleiben vielfach ohne Absicherung.

In einigen europäischen Ländern, u.a.in Schweden, Irland oder Frankreich wird Sexkauf unter Strafe gestellt. Bei Verstößen gegen die Gesetzeslage werden nicht die Prostituierten bestraft, sondern die Kunden. In Deutschland wird das von höchster Stelle abgelehnt. Erst Anfang September haben die Regierungsfraktionen von CDU und FDP im Landtag von NRW einen Antrag eingebracht, der sich klar zur Prostitution bekennt. Mit der blödsinnigen Begründung, bei einem Verbot würde die Prostitution in die Illegalität gedrängt. Das Beispiel Schweden zeigt aber eindeutig, dass mit dem Verbot die Straßenprostitution und die Gewalt an Frauen stark rückläufig ist. Courage spricht sich klar für das Verbot von Prostitution aus!